



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 24. Mai 2024

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 27. Mai 2024**

Fokusthema: **Rechnungen von ZKB und EKZ**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der diskussionslosen Behandlung zweier Vorstösse zu Solaranlagen, die als Entgegennahmen traktandiert sind, die Rechnungen und Geschäftsberichte der Zürcher Kantonalbank (ZKB) und der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) behandeln. Anschliessend stehen ein paar parlamentarische Initiativen auf der Traktandenliste. Der Kantonsrat wird entscheiden müssen, ob er diese vorläufig unterstützen will.*

#### **Regierungsrat will Postulate zu Solaranlagen entgegennehmen**

Gleich zu Beginn der Sitzung sind zwei Postulate als Entgegennahmen traktandiert. Das heisst, dass der Regierungsrat sich bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Wenn kein Ratsmitglied opponiert, werden diese Postulate diskussionslos überwiesen. Falls aber die Diskussion verlangt wird, wird das Geschäft später für die inhaltliche Debatte neu angesetzt. Beide Vorstösse stammen aus der Feder von FDP-Kantonsrat Simon Vlk. Mit dem ersten Postulat fordert er mit Unterstützung von SVP, SP, Mitte und EVP, dass kleinere Solaranlagen bis 35 m<sup>2</sup> künftig nicht mehr meldepflichtig sein sollen ([KR-Nr. 87/2024](#)). Das Ziel des zweiten, von allen Fraktionen unterstützten Postulats ist, das Meldeverfahren für Solaranlagen zu vereinfachen, indem der Umfang der einzureichenden Unterlagen deutlich reduziert wird ([KR-Nr. 88/2024](#)).

Simon Vlk (FDP, Uster), 079 388 25 76

#### **Rechnungen und Geschäftsberichte von ZKB und EKZ zur Genehmigung beantragt**

Als Schwerpunkt der Sitzung wird sich der Kantonsrat mit den Geschäftsberichten und den Jahresrechnungen der Zürcher Kantonalbank (ZKB) ([KR-Nr. 61/2024](#)) und der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) ([KR-Nr. 45/2024](#)) befassen. In beiden Fällen beantragt die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) einstimmig, Rechnung und Geschäftsbericht zu genehmigen. Zudem sollen der Nachhaltigkeits- und der Klimabericht für das Jahr 2023 genehmigt, den Bankorganen der ZKB für das Geschäftsjahr 2023 die Entlastung erteilt sowie die Ernst & Young AG als Revisionsstelle für die Jahre 2025 und 2026 bestätigt werden. Vom Bilanzgewinn der ZKB von 1'232 Millionen Franken sollen 340 Millionen Franken zugunsten des Kantons und 170 Millionen Franken zugunsten der Zürcher Gemeinden ausgeschüttet werden. Vom Bilanzgewinn der EKZ von gut 111 Millionen Franken sollen rund 25 Millionen Franken dem Kanton ausgeschüttet werden und rund 11 Millionen Franken als Ausgleichsvergütungen an die Gemeinden gehen. Obschon beide Geschäfte unbestritten sind, nimmt deren Behandlung im Rat erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch.

AWU-Präsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

#### **PI zu Öffentlichkeitsprinzip, Debit-Karten für Asylbewerber, Verbandsbeschwerderecht**

Bis zum Sitzungsende wird der Kantonsrat schliesslich noch ein paar parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der PI. GLP-Kantonsrat Urs Glättli fordert, unterstützt von SP, FDP, Mitte, EVP und

AL, dass die Bezirksbehörden ihre Entscheide und aufsichtsrechtlichen Anordnungen oder Empfehlungen koordiniert im Internet veröffentlichen müssen ([KR-Nr. 41/2024](#)). SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel verlangt mit Unterstützung der FDP, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber Geldleistungen nicht mehr bar ausbezahlt, sondern auf eine spezielle Debit-Karte, deren Nutzung eingeschränkt ist, überwiesen werden sollen ([KR-Nr. 59/2024](#)). Und FDP-Kantonsrat Stephan Weber will, unterstützt von SVP, Mitte und EVP, das Verbandsbeschwerderecht bei Schutzobjekten abschaffen, die der Erfüllung einer kantonalen oder kommunalen öffentlichen Aufgabe im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens dienen.

Urs Glättli (GLP, Winterthur), 079 720 47 48

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 043 268 85 87

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12